

Gegen Studiengebühren!

Wir stehen weiterhin für eine Ablehnung aller Formen von Studiengebühren.

Das Ende der Seminarraummisere!

Wir setzen uns für eine sinnvollere Verwaltung von Seminarräumen ein. Nur durch eine zentrale Vergabe aller Räume kann das Raumproblem gelöst werden!

Verpflichtende Evaluation für bessere Lehre!

Wir treten ein für eine verbindliche Evaluationsordnung der Uni und die Einrichtung einer unabhängigen Evaluationsstelle. Für die Veröffentlichung aller Evaluationsergebnisse!

Bessere Ausgestaltung des Bachelors!

Das Studium muss mehr sein als Anwesenheitslisten, Prüfungsschwemme und starre Konzepten. Wir stehen für Wissensvermittlung und Qualität statt Bürokratie!

Erhalt sämtlicher Studiengänge!

Wir machen uns stark für eine interdisziplinäre Uni. Die Förderung innovativer Konzepte (z.B. Integrierte Sonderpädagogik) und der Fortbestand kleinerer Studiengänge (z.B. Kunst&Musik und Integrierte Sonderpädagogik) müssen gesichert werden!

Mensaöffnungszeiten verlängern!

Damit jeder Studi ohne Zeitdruck ein warmes und bezahlbares Mittagessen bekommt. Wir setzen uns für ein für eine offene Mensa bis 14.15 Uhr!

Mehr Demokratie an unserer Uni!

Wir kämpfen dafür, dass die studentische Mitbestimmung an unserer Uni trotz des HFG und Akkreditierungsrat erhalten bleibt. Für eine paritätische Besetzung aller Gremien!

Deswegen: Gib vom 25.-29. Juni der Juso-Hochschulgruppe Deine Stimme. Wähle beim Studierendenparlament Liste 4, beim Senat Liste 1 .

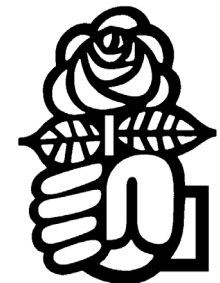
allein sehen wir unsere Hochschulen, und die Universität Bielefeld ist dort keine Ausnahme, als **politisches Projekt**. In unserer Uni sind verschiedene Gruppen vertreten, wobei die größte Gruppe natürlich wir sind, die **Studierenden**. Als weitere Statusgruppen gibt es die ProfessorInnen, den Mittelbau und die sonstigen MitarbeiterInnen. Allerdings hat die kleinste Gruppe, nämlich die ProfessorInnen, die größte Macht. Die **Juso-HSG** sieht dies jedoch nicht als unabänderlichen Sachzwang, sondern fordert eine der Größe angemessene **Mitbestimmung** aller Statusgruppen. Wir fordern **Veränderung**, so dass wir Studierende nicht in jeder Abstimmung unterliegen, weil die kleinste Gruppe die meisten Stimmen hat. Auch in der Uni muss das **Prinzip der Demokratie** herrschen, wir Studierende müssen mehr an den Entscheidungen beteiligt werden, die besonders uns betreffen. Wir setzen uns dafür ein, dass an den Hochschulen **keine Studiengebühren** gezahlt werden müssen. Jede Gebührensatzung, die die professorale Mehrheit im Senat mit ihrer Mehrheit beschließen will, wird nicht unsere Zustimmung finden. Wir werden alle gewaltfreien Mittel ausschöpfen, Studiengebühren zu verhindern. Als die Liste, die sich am stärksten **den sozialen und demokratischen Grundsätzen verpflichtet** fühlt, können wir es nicht akzeptieren, dass Studierende nicht (weiter-)studieren können, weil ihnen das Geld dazu fehlt. Wir kämpfen kompromisslos **für eine soziale und gerechte Uni**, die **ohne Diskriminierung** besteht. In unserem Bild der Hochschule hat jeder einen Platz, Männer wie Frauen, internationale wie nationale Studierende, sowie alle Quer- und Andersdenkenden jeder Couleur. Wir wissen, dass unsere Uni eine heterogene **Gemeinschaft** ist. Deswegen muss **Freiheit** gegeben sein, in der jeder Studentin und jedem Student die Möglichkeit gegeben ist, sich selbst und ihre oder seine Vorstellungen von einem **freien Studium verwirklichen** zu können. Hingegen stellen wir uns gegen die Art von Freiheit, wie sie vom Neoliberalismus und so auch vom Hochschulfreiheitsgesetz propagiert wird, denn diese Freiheit meint nur die Freiheit des Marktes ohne ein **soziales Angesicht**. Anstatt eines Individualismus' steht die Juso-HSG für eine **solidarische Gemeinschaft unter den Studierenden** ein, denn nur zusammen sind wir in der Lage zu arbeiten.

	Seite
Wofür wir stehen - Grundsätze	2
Wer wir sind - Personen	4
What the hell is Akkreditierung?	7
Studiengebühren – Was nun?	9
Und was war nochmal der Senat?	10
Mehr Demokratie in die Hochschule	11
Eine warme Mahlzeit, auch wenn der Prof wieder überzieht!	12
Auf dem Boden gesessen?	13
Verpflichtende Evaluation für bessere Lehre	14
Bachelor - mehr als Anwesenheitsliste?	15
Die wollen noch einen Studiengang abschaffen!	16
AStA? StuPa? Hä?	17
Ich hab's gelesen, und nu?	18
In aller Kürze...	19

Das waren unsere Ideen für eine soziale, gerechte und solidarische Uni, jetzt bist Du dran! Bestimme Du, wie unsere Uni aussehen soll und gestalte dich Deine Stimme die Politik. Gib der Juso-HSG Deine Stimme, zusammen bewegen wir die Uni - Du hast die Wahl!

Für Diskussionen, Rückfragen und auch Kritik sind wir immer offen. Während der Wahlwoche findest Du uns an einem unserer Infostände in der Unihalle, oder komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen:

jeden
DONNERSTAG
UM 20 UHR
IM STUPA-RAUM
(C1-162, neben dem AStA-Pool)
statt.
AUFSTEHEN,
ZÄHNEPUTZEN
JUSO-HSG WÄHLEN!!!



AStA, StuPa und ähnliche Abkürzungen sind meist recht verwirrend. Deshalb wollen wir Dir an dieser Stelle einen kurzen Einblick darin geben, was sie bedeuten.

Wir Studierenden bilden zusammen die Studierendenschaft. Entsprechende Gesetze geben uns das Recht, eine Interessenvertretung zu gründen. Dies ist bei uns das Studierendenparlament (kurz StuPa). Das StuPa hat 29 Sitze, die durch Wahlen mit verschiedenen Listenvertretern besetzt werden. Das StuPa trifft sich regelmäßig um grundlegende Entscheidungen zu treffen – zum Beispiel um den Haushalt der Studierendenschaft zu beschließen. Weiterhin werden dort Beschlüsse zu vielen politischen Themen getroffen und die ständige Vertretung der Studierenden, der Allgemeine Studierenden-Ausschuss (AStA) gewählt. Das Verhältnis von StuPa zu AStA könnte man mit Legislative zu Exekutive vergleichen.

Der AStA hat einen vielfältigen Aufgabenbereich. Ein Teil der Aufgaben findet sich im hochschulpolitischen Bereich, also z.B. die Auseinandersetzung

mit Rektorat. Ein weiterer Teil liegt im sozialen Bereich, so z.B. die verschiedenen Beratungsangebote (Rechtsberatung, Sozialberatung etc.). Weiterhin wird sich aber auch um ein reichhaltiges Kulturangebot gekümmert, die politische Bildung gefördert oder sich für ein ökologisch nachhaltiges Verhalten aller Gruppen in der Uni eingesetzt – um nur einige Arbeitsbereiche zu nennen. Nun fragst Du Dich vielleicht, wie die Juso-Hochschulgruppe dabei mitwirkt. Wir haben zum einen drei Sitze im Studierendenparlament, zum anderen setzen wir uns seit einigen Jahren im AStA für Dich und alle anderen Studierenden ein.

Aber das StuPa und der AStA machen nicht was sie wollen – sie vertreten die Interessen der Studierenden. Tatsächlich machst Du die Politik an dieser Uni, in dem du bei der Wahl Deine Stimme abgibst. Wir hoffen, das wir Dich mit unserem Wahlprogramm überzeugt haben, und du uns, der Juso-HSG (Liste 4) Deine Stimme gibst.

Gruppe an der Hochschule sind, fordern wir eine paritätische Besetzung aller Gremien.

Die Entscheidungshoheit über Bildungsfragen liegt in weiten Teilen bei den Ländern. Darum treffen sich regelmäßig alle Juso-Hochschulgruppen zu Landeskoordinierungstreffen (LKTs), um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte abzusprechen. In NRW stellt die Juso-HSG Bielefeld den stellvertretenden Vorsitz. Auf Bundesebene findet einmal pro Semester ein Bundeskoordinierungstreffen (BKT) statt. Das BKT ist die Bundesversammlung der Juso-Hochschulgruppen, um den Rahmen für die politischen Zielsetzungen und Aktivitäten abzustecken. Uns ist wichtig, eigenständig und unabhängig gegenüber den Jusos und der SPD zu sein – deshalb setzen wir auch nur eine Identifizierung mit unseren Werten voraus, um bei uns mitzuwirken.

Wir, die Juso-Hochschulgruppe an der Uni Bielefeld, legen unseren Schwerpunkt auf die Hochschulpolitik. Mit dem Anspruch etwas zu bewegen, machen wir uns für bildungs-, sozial- und wissenschaftspolitische Verbesserungen stark und entwickeln in vielen brisanten politischen Fragen eigene Positionen. Kern unserer Tätigkeit ist dabei die Mitarbeit in den studentischen und universitären Gremien. So bringen wir unseren Standpunkt auf allen Ebenen der Hochschule in die Debatten ein, damit nicht einfach über die Köpfe von uns Studis hinweg entschieden werden kann. Wir setzen uns für mehr Demokratie an unserer Uni ein!

Da Studierende in den Gremien der Uni stark unterrepräsentiert sind, obwohl sie die größte

Unsere Prinzipien und auch Positionen zu aktuellen Themen stellen wir regelmäßig in unserer Zeitschrift „ROT-Blättchen“ dar.

Grundsätze unseres politischen Denkens und Handelns sind dabei:

- ein gebührenfreies Studium: Wir lehnen Studiengebühren in jeglicher Form, also auch Studienkonten, Bildungsgutscheine und in all den anderen Formen ab! Wir kämpfen weiterhin für ein generelles Verbot von Studiengebühren, in der aktuellen Situation erst recht!
- die Gleichberechtigung von Frauen und Männern! Auch an den Hochschulen wird deutlich, dass Frauen und Männer in unserer Gesellschaft noch lange nicht gleichberechtigt sind. Das muss sich ändern!
- eine qualitative Studienreform! Das Studium muss sich verändern. Es darf keine Orientierung an den Bedürfnissen des Marktes geben. Die Öffnung der Hochschulen, die Integration von Weiterbildung, eine internationale Zusammenarbeit und vieles

weiteres muss vorangetrieben werden. Die Frage ist also nicht Studienreform - ja oder nein - sondern wie!

- Erhöhung des BAföGs! Das BAföG wurde seit 2002 nicht mehr erhöht. Deshalb ist eine sofortige Anhebung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge notwendig. Die aktuellen Steuerschätzungen zeigen, dass das Argument, es sei kein Geld für die notwendige Erhöhung da, vorgeschoben ist. Dabei darf es auch nicht zur Aufhebung von Kappungsgrenzen kommen, da dies zu einer enormen Verschuldung von vielen Studierenden führen würde. Im Folgenden findest Du genauere Informationen über unser aktuelles Wahlprogramm.

Zu den echten Innovationen, die unsere Universität in den letzten Jahren zu Stande gebracht hat, gehört der Studiengang Integrierte Sonderpädagogik. Doch jetzt hat eine Kommission der Landesregierung festgestellt: „Die gegenwärtige Ausstattung wird jedoch als nicht hinreichend angesehen, um einen eigenständigen Studiengang für das Lehramt für Sonderpädagogik anbieten zu können.“ Wir haben daraufhin eine Pressemitteilung der Universitätsleitung vermisst. Wenn weiterhin gelten soll: „die Universität Bielefeld bietet mit deutlichem Abstand die beste Ausbildung für Sozialwissenschaftler und Pädagogen in Deutschland,“ dann sollte sie sich doch auch vehement für die Erhaltung eines solch innovativen Konzeptes einsetzen!

Wir jedenfalls sind nicht bereit die Abschaffung

eines Studiengangs hinzunehmen, egal ob es Kunst und Musik, Sonderpädagogik, Theologie oder ein anderes Fach ist. Unsere Uni rühmt sich ihrer Interdisziplinarität und das bedeutet, dass wir ein lebendiges Spektrum an geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen, an forschungsorientierten und anwendungsorientierten Studiengängen brauchen. Wir fordern daher das Rektorat auf, klar Stellung zu beziehen und sich zum Leitbild unserer Universität zu bekennen. Und auf den Bericht der Baumert-Kommission kann es nur eine Antwort geben: Erhaltung sämtlicher Lehramtsstudiengänge an der interdisziplinären Universität Bielefeld.

Die wollen noch einen Studiengang abschaffen!

Bachelor - mehr als Anwesenheitsliste?

Vor 5 Jahren begann die Universität Bielefeld als eine der ersten Hochschulen in NRW konsequent die neuen Abschlüsse Bachelor und Master einzuführen. Dieser Prozess ist mittlerweile fast abgeschlossen, allerdings oft nur strukturell.

Dass mit den neuen Abschlüssen auch ein neues Konzept verbunden ist, weg von der reinen Faktenvermittlung hin zur Kompetenzvermittlung, scheint in den Köpfen vieler Verantwortlicher noch nicht angekommen zu sein. Stattdessen hat eine wahre Schwemme an Bürokratie und Prüfungsleistungen eingesetzt. Überall herrscht

die allmächtige Anwesenheitsliste, zusätzlich zum Modulabschluss muss oft jede einzelne Veranstaltung mit Klausuren abgeschlossen werden.

Muss das wirklich sein? Wir finden jedenfalls, das einE SekretärIn besser eine Stunde in der Woche mehr für die Studis da sein sollte als sinnlos Anwesenheitslisten zu kontrollieren und ProfessorInnen sollten den Studierenden lieber Rückmeldung in einem persönlichen Gespräch geben, als Berge von Klausuren zu korrigieren. Weg mit den Anwesenheitslisten, weg mit der Prüfungsschwemme, her mit der vielfach angepriesenen Qualität!



1. Wiebke Esdar
Diplom Psychologie und BA Geschichte und Sozialwissenschaft

Stellvertretende StuPa-Vorsitzende, Mitglied des Senats und der Grundordnungskommission
Interessen: Erhaltung studentischer Mitbestimmung, Gruppenuniversität und Studienfinanzierung



2. Malin Houben
BA Gesundheitskommunikation

Hochschulsportbeirat,
Landeskoordination Juso-HSGen NRW
Interessen: Einsatz gegen Studiengebühren und für Gleichstellung



3. Jan-Hendrik Terstegge
Diplom Soziologie

AStA-Referent für Hochschulpolitik, Mitglied der Kommission für Organisationsentwicklung
Interessen: Sozial- und Bildungspolitik, BAföG, Studiengebühren und BA/MA-Situation,

4. Jan Hendrik Seelhorst Rechtswissenschaft

StuPa-Mitglied, Studienfond OWL und
§8-Gremium

Interessen: Studienfinanzierung für
finanziell Schwächere und gerechte Ver-
teilung der Studiengebühren



5. Miriam Räker BA Gesundheitskommunikation

Interessen: Soziale Gerechtigkeit und
Gleichstellung



6. Till Westermann BA Chemie

StuPa-Mitglied und Mitglied des Haus-
haltsausschuss
Interessen: Datenschutz



7. Sonja König BA Gesundheitskommunikation

Interessen: Gesundheits- und Bildungspo-
litik



Verpflichtende Evaluation für bessere Lehre!

kanIn der Fakultät - doch die scheinen, bis auf wenige Ausnahmen, noch zu schlafen. Die jetzige Evaluationsordnung hat offensichtliche Defizite. Um gute Lehre zu honorieren und schlechtere Lehre zu verbessern, fordern wir darum:

1. Eine klare und verbindliche Evaluationsordnung der Uni für die Bewertung von Lehrveranstaltungen aller Fakultäten!
2. Die kontinuierliche Evaluation aller Lehrveranstaltungen in jedem Semester!
3. Verpflichtende Veröffentlichung aller Evaluationsergebnisse (z.B. in einem Online-Portal)!
4. Die Einrichtung einer unabhängigen Evaluationsstelle! Durchführung und Auswertung dürfen nicht von den DozentInnen durchgeführt werden!

Der/die DozentIn ist nicht vorbereitet, das Seminar überfüllt, der Lernstoff unverständlich, das Thema der Vorlesung entspricht nicht der Beschreibung im eKVV – (schlechte) Lehre kennt viele Gesichter. Doch was kann man tun, wenn die Veranstaltung nicht so ist, wie sie sein sollte?

Ein Instrument zur Erfassung und Bewertung einer Veranstaltung ist die Evaluation. Dazu füllen die TeilnehmerInnen der Veranstaltung einen Fragebogen aus, der ausgewertet und dessen Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden. Eigentlich schreibt die Uni durch ihre Evaluationsordnung vor, dass zumindest ein Viertel der Lehrveranstaltungen evaluiert werden müssen. Die Kontrolle über die Einhaltung liegt bei der/dem jeweiligen De-

Und? Hast Du grade auch in Deinem maßlos überfüllten Seminar auf dem Boden sitzen müssen oder hattest du ein gähnend leeres Seminar und konntest dir einen von vielen Stühlen aussuchen? Das Problem der schlechten Verteilung von Seminarräumen beschäftigt die Uni schon seit vielen Jahren. Noch bis vor kurzem war die komplette Raumverwaltung auf Papier organisiert – das neu eingeführte Computersystem hat die Situation entspannt, aber nicht wirklich verbessert. Seitdem die Anmeldung zu Veranstaltungen über das eKVV von vielen Fakultäten erzwungen wird, ist Besserung zu merken. Dennoch kommt es immer wieder zu Situationen, in denen große Räume von kleinen Gruppen genutzt werden, während sich nebenan 30 Studis

in einen viel zu kleinen Raum quetschen müssen. Das Problem liegt u.a. darin, dass es neben den zentral verwalteten Seminarräumen auch Räume gibt, die den Fakultäten direkt zugeordnet sind. Diese „eigenen“ Seminarräume geben die Fakultäten jedoch meist nur auf Nachfrage ab, folglich stehen viele leer oder können nicht

Kein Platz im Raum,
obwohl nebenan mal
wieder alles frei ist?

optimal genutzt werden. Wir setzen uns für eine sinnvollere Verwaltung von Seminarräumen ein! Nur durch eine zentrale Vergabe aller Räume kann das Raumproblem gelöst werden!

8. Mira Schneider
MA Integrierte Sonderpädagogik
Fachschaft Theologie, Abteilungskommission Theologie, KASAP
Interessen: Akkreditierung und Qualitätsmanagement



9. André Armbruster
BA Soziologie
Mitglied der §11-Kommision und des Wahlausschusses
Interessen: Sozial-, Entwicklungs- und Ökologiepolitik und Studienfinanzierung

10. Kai Mürlebach
BA Politikwissenschaft

11. Sabrina Terstegge
Rechtswissenschaft

12. Jörg Rodermund
BA Politikwissenschaft

13. Duygu Alagöz
BA Wirtschaftsmathematik

14. Naoual Ammi
BA Anglistik und Rechtswissenschaft

15. Michael Leutelt
BA Politikwissenschaft

Was ist eigentlich Akkreditierung? „Die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen soll Qualität sichern, Studierbarkeit nachweisen, Transparenz schaffen und die Vielfalt ermöglichen.“(HRK) Die Frage zu beantworten, was das konkret bedeutet, ist kompliziert. Grob kann man sich den Ablauf eines Akkreditierungsverfahrens folgendermaßen vorstellen: Die Hochschule beauftragt eine von 6 Akkreditierungsagenturen und schickt ihr die Unterlagen über den Studiengang zu. Die Agentur bildet eine Kommission aus 2 Profs, 1 Studi und 1 VertreterIn der Arbeitswelt. Diese Kommission entscheidet anhand der Unterlagen und einer Begehung des Studienganges, ob der Studiengang „Mindeststandards“ hinsichtlich Qualität, Studierbarkeit, Transparenz und Mobilität erfüllt. Man könnte auch sagen, dass überprüft wird, ob der Studiengang ganz großer Mist ist oder ob man eine Chance hat, ihn zu absolvieren und dabei am Leben zu bleiben. Die Kommission verfasst dann

ein Gutachten in dem sie auch Empfehlungen und Auflagen zur Verbesserung aussprechen kann. Werden diese Auflagen erfüllt, erhält der Studiengang für einen Zeitraum von 5 Jahren das Akkreditierungssiegel.

Mit diesem Verfahren sind jedoch viele Bundesländer und Hochschulen nicht zufrieden, denn die Hochschulen finden, sie könnten selbst für die Qualität ihrer Studiengänge sorgen. Daher wird ab 2008 die so genannte Systemakkreditierung eingeführt. Dann werden nicht mehr die Studiengänge unter die Lupe genommen, sondern „es wird begutachtet, ob Prozesse existieren, die die Qualität der Studienangebote garantieren.“ (HRK) Was das nun bedeutet oder wie es umgesetzt werden soll, weiß eigentlich niemand so genau, aber das war für den Akkreditierungsrat kein Hindernis, sich für die Systemakkreditierung auszusprechen (lediglich die VertreterInnen der Studierenden und der Gewerkschaften stimmten dagegen). Wo kommen eigentlich die VertreterInnen im Akkreditie-

auf weniger Auswahl und auf Preise, die nicht alle Studis einfach so bezahlen können. Denn das Essen dort ist nicht wie in der Mensa subventioniert. Und das, wo doch eigentlich jedeR die Möglichkeit haben muss, eine warme Mahlzeit zu einem erschwinglichen Preis zu bekommen.

Die Juso-HSG setzt sich darum für eine Verlängerung der Mensaöffnungszeiten um 15 Minuten bis 14:15 Uhr ein! Selbstverständlich kann dies nur bei vollem Lohnausgleich für die Mitarbeiter geschehen.

Auch schon mal aufs Mensaessen gefreut, aus dem Seminar gehetzt und es trotzdem einfach nicht geschafft, dir dein Tablett zu holen?

Selbst wenn die Vorlesung um 13.45 pünktlich endet, kann man sich oftmals auf Stress vor der wohlverdienten Pause einstellen. Nicht selten überzieht der Dozent ein paar Minuten; wenn die Toilette wartet oder die Mensakarte leer ist, läuft die Zeit einfach davon. Wer bis punkt 14:00 Uhr Vorlesung hat, steht automatisch vor geschlossenen Rollläden.

Es bleibt also nur der Gang zur Cafété oder ins Westend, und damit die Aussicht

Mehr Demokratie in die Hochschule

Die Uni, wie wir sie kennen, ist ab Januar 2008 Geschichte. Durch die Einführung des Hochschul-„freiheits“gesetzes (HFG) der schwarz-gelben Landesregierung wird in NRW das Modell der Gruppenuniversität zu Grabe getragen. Auf die Mitbestimmung der Studis an zentralen Entscheidungen wird mit Inkrafttreten des HFG faktisch verzichtet.

Schon das bisherige Modell ist nicht vollends demokratisch. Die kleinste Gruppe, nämlich die der 250 ProfessorInnen, kommt mit 12 von insgesamt 22 Senatssitzen die größte Macht zu. Wir Studierenden, mit 17.500 die größte Gruppe der Uni, sind jedoch nur mit 4 Sitzen vertreten.

Das HFG degradiert den Senat nun zu einem rei-

nen Beratungsgremium. Die wirklich wichtigen Entscheidungen werden im noch einzurichtenden Hochschulrat getroffen werden. In diesem werden nicht alle Statusgruppen der Uni vertreten sein, denn die Überzeugung der Landesregierung ist es, dass externe Vertreter aus Wirtschaft und Kultur ja viel besser wissen, was gut für die Uni ist.

Wir als Juso-HSG kämpfen dafür, dass die demokratische Mitbestimmung aller Gruppen an unserer Uni trotz des HFG erhalten und noch weiter ausgebaut wird. Wir fordern Veränderung, so dass wir Studierende nicht in jeder Abstimmung unterliegen, weil die kleinste Gruppe die meisten Stimmen hat.

rungsrat her? Nun, die beiden Studis werden vom studentischen Akkreditierungspool, der Vernetzungsorganisation der studentischen GutachterInnen, gewählt, müssen aber anschließend noch von der Hochschulrektorenkonferenz

Weitere Informationen
findet Ihr unter:

www.akkreditierungsrat.de
www.studentischer-pool.de
[www.fzs.de/themen/
studienreform](http://www.fzs.de/themen/studienreform)

(HRK) bestätigt werden. Des Weiteren gehören dem Rat auch noch 2 Gewerkschafts-, 2 Wirtschafts-, 2 internationale, 4 Kultusministerkonferenz- und 4 Hochschulrektorenkonferenz-Vertreterinnen und Vertreter an. Diese werden nicht gewählt sondern entsandt. Der Akkreditierungsrat tagt nicht öffentlich, nur seine Entscheidungen werden bekannt gegeben.

Das Akkreditierungssystem ist also in seiner jetzigen Form höchst undemokratisch - daran wird auch eine Umstellung auf Systemakkreditierung

nichts ändern. Unserer Meinung nach hätte man daher, statt eine neue Art der Akkreditierung aus dem Boden zu stampfen, die alte erst einmal überarbeiten und verbessern sollen. Wenn eine zukünftige Systemakkreditierung das Qualitätsmanagement einer Hochschule überprüfen soll, dann steht es außer Frage, dass bei der Entwicklung von „Qualität“ Studierende beteiligt werden müssen. Und damit ist weit mehr als das Ausmalen von Punkten auf Evaluationsbögen gemeint. Die Juso-HSG wird daher auch weiterhin das Verfahren der Akkreditierung kritisch beobachten. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass der AStA in Zusammenarbeit mit den Fachschaften ein Strukturpapier erstellt, in dem die Anforderungen, die Studierende an die Qualität ihrer Studiengänge und ihrer Universität haben, festgehalten werden. Denn die studentische Partizipation an Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung muss garantiert werden.

What the hell is Akkreditierung?

Studiengebühren – Was nun?

Zwischen 4 und 4,4 Mio. € haben wir Studis der Uni Bielefeld dieses Semester gezahlt. Was passiert damit?

23% (rund 1 Mio.) flossen an den Ausfallfond der NRW Bank, weitere 3% (120.000 - 132.000 Euro) gehen für die Verwaltung drauf. 2,7 Mio. wurden inzwischen nach Rektoratsbeschlüssen vom 17. April verteilt, einiges davon haben die Fakultäten schon ausgegeben. Über den Rest ist eine Haushaltssperre verhängt worden, nachdem das Verwaltungsgericht Minden am 1. Juni 2007 die Satzung für nichtig erklärt hat. Dazu hat das Rektorat jetzt Berufung eingelegt. In der Beitragssatzung wird die Verteilung so geregelt: 50% der Gelder gehen direkt an die Fakultäten, 30% werden für „zentrale Maßnahmen“ ausgegeben, weitere 20% durch die aufgrund von Anträgen der

Fakultäten verbraucht. Wofür genau die Fakultäten die Gelder verwenden, sollte eigentlich seit Ende Mai auf der Uni-Homepage stehen – bislang ist dort allerdings noch nichts zu finden. Sollte es uns trotz aller Bemühungen nicht gelingen, neue Studiengebühren zu verhindern, so werden wir als Juso-HSG uns in den kommenden Semestern dennoch für eine transparente Geldverteilung einsetzen, bei der nichts verschwendet wird oder in unzulässige Projekte fließt. Dort, wo das Land durch seine Unterfinanzierung erst z.B. für Stellenabbau (in diesem Semester sind deshalb allein fast 50 Stellen gestrichen worden!) gesorgt hat, darf nicht das Geld von uns Studis dazu missbraucht werden, den Status Quo zu erhalten! Ausgaben für Forschung, Mobiliar und reguläre Stellen aus Gebührengeldern sind für uns nicht hinnehmbar!

Im Senat unserer Uni sitzen vier studentische Vertreter, zwölf Profs, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter sowie zwei aus Technik und Verwaltung.

250 ProfessorInnen -
12 professorale
SenatorInnen

Damit verfügt die Statusgruppe der ProfessorInnen über die Mehrheit der Stimmen, was den studentischen VertreterInnen sicherlich oft miss-

17.500 Studierende -
4 studentische
SenatorInnen

fällt. Um das auszugleichen, gibt es aber die Tradition der „Montagsgespräche“, in denen sich die Vertreter aller anderen Gruppen zwei Tage vor den Sitzungen treffen um Entscheidungen schon einmal vorzudiskutieren. Allerdings geschieht das ebenso bei den

Professoren. Sich aktiv in den Senat einzubringen, macht vor allem aber auch deshalb Sinn, weil der Senat das Gremium mit den wohl weitreichendsten Entscheidungskompetenzen ist. Er wählt den Rektor und überwacht die Arbeit des Rektorats. Auf seinen Sitzungen bedeutet das, dass die Mitglieder zu Beginn zunächst aus ihren Ressorts berichten und den Mitgliedern Rede und Antwort stehen. Weiter beruft der Senat neue Professoren, nachdem die Verfahren in den Fakultäten abgeschlossen sind und kann zum Beispiel auch, wie jüngst geschehen, über Studiengebühren entscheiden.

Und was war nochmal der Senat?